

Hans Schafranek

Die „Anti-Hitler-Bewegung Österreichs“ und die „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ im Widerstand gegen das NS-Regime 1942–1944¹

Rahmenbedingungen

In den letzten zehn Jahren erschienen etliche wichtige Buchpublikationen, die sich mit dem Komplex der Zwangsarbeit in Österreich während des Zweiten Weltkrieges befassen und überwiegend auf einer breiten Quellengrundlage basieren.² Auffällig ist jedoch, dass die vielfältigen Widerstandsaktivitäten von ausländischen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen sowie deren Verfolgungsgeschichte unter dem NS-Regime in der Fachliteratur fast vollständig ausgeblendet werden. Dieses Forschungsdefizit ist erstaunlich, da es sich bei dem Untersuchungsgegenstand keineswegs um ein „exotisches“ Randthema handelt. Die NS-Führung sah in den ausländischen Arbeitskräften insgesamt ein erhebliches Gefahrenpotenzial, was sich etwa schon daraus ablesen lässt, dass die ursprüngliche, später von den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 umfunktionierte Planung der „Operation Walküre“ von dem Szenario einer Niederschlagung von Aufstandsversuchen ausländischer Zwangsarbeiter ausging. Eine überaus deutliche Sprache sprechen die allmonatlich angefertigten Statistiken der Gestapo- und der Sicherheitsstelle Wien. In diesen listenmäßig erfassten Aufstellungen

- 1 Der vorliegende Beitrag entstand im Rahmen eines vom Verfasser durchgeführten Forschungsprojektes („Überparteilich. Patriotisch. Transnational“. Die „Anti-Hitler-Bewegung Österreichs“ im Widerstand gegen das NS-Regime 1942–1944), das vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank gefördert wurde. Zusatzfinanzierungen erfolgten durch das Kulturamt der Stadt Wien (MA 7) und die Hochschuljubiläumsstiftung (MA 8). Der Autor bedankt sich an dieser Stelle bei den genannten Institutionen für die Förderungen.
- 2 Vgl. etwa, um nur einige wenige anzuführen: Dieter Bacher / Stefan Karner (Hrsg.), *Zwangsarbeiter in Österreich 1939–1945 und ihr Nachkriegsschicksal. Ergebnisse der Auswertung des Aktenbestandes des „Österreichischen Versöhnungsfonds“* [= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Graz–Wien–Klagenfurt, Bd. 21],

finden sich exakte Angaben über die Zahl der monatlichen Festnahmen, Einweisungen in Arbeitserziehungslager, Strafanzeigen und Verwarnungen. Diese sind nach folgenden – gelegentlich etwas variierenden – Gruppen bzw. „Delikten“ aufgliedert: 1. Kommunismus/Marxismus³, 2. Reaktionäre⁴ Opposition, 3. Widerstandsbewegungen (tschechisch, polnisch, französisch, holländisch, norwegisch, serbisch), 4. Kirchenbewegung (katholisch, evangelisch, Sekten), 5. Juden⁵, 6. Wirtschaftsangelegenheiten, 7. Arbeitsniederlegungen (Deutsche, Ostarbeiter, Polen, Litauer, Letten, Esten, Franzosen, Holländer, Belgier, Protektoratsangehörige, Südosteuropäer, Italiener, Sonstige); 8. Verbotener Umgang mit ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen; 9. Abhören ausländischer Sender.

Für den September 1943 sind seitens der Gestapoleitstelle Wien insgesamt ausgewiesen: 2.262 Festnahmen, 416 Einweisungen in Arbeitserziehungslager, 485 Verwarnungen und 138 Strafanzeigen.

Die überwältigende Mehrheit dieser politischen Repression betraf ausländische Arbeitskräfte, von denen im besagten Zeitraum 1.739 festgenommen und weitere 386 in „Arbeitserziehungslager“ eingewiesen wurden. Nach Nationalitäten aufgeschlüsselt, standen die „Ostarbeiter“ (Russen und Russinnen) deutlich an der Spitze: 840 Verhaftungen, 53 in „Arbeitserziehungslager“; 85 kamen mit einer Verwarnung davon.⁶ Auch in den folgenden, für den Untersuchungsgegenstand relevanten Monaten bewegte sich die Unterdrückung russischer Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in einem ähnlichen Rahmen, sowohl in absoluten Zahlen (Verhaftungen) als auch im Verhältnis zu

Innsbruck–Wien–Bozen 2013; Peter Ruggenthaler / Walter M. Iber (Hrsg.), Hitlers Sklaven – Stalins „Verräter“. Aspekte der Repression an Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen [= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Bd. 14], Innsbruck 2010; Hubert Feichtlbauer, Zwangsarbeit in Österreich 1938–1945. Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit. Späte Anerkennung – Geschichte – Schicksale, Wien 2005; Florian Freund / Bertrand Perz / Mark Spoerer (Hrsg.), Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 26/1], Wien–München 2004.

- 3 Mit dem Terminus „Marxismus“ bzw. „marxistisch“ waren in der Gestapo-Diktion zumeist Angehörige sozialistischer bzw. sozialdemokratischer Widerstandsgruppen gemeint.
- 4 Der Terminus „reaktionär“ bezog sich in diesem Kontext primär auf den legitimistischen oder konservativen Widerstand.
- 5 Unter der Rubrik „Juden“ sind nicht die Deportationen erfasst, sondern Festnahmen wegen Nichttragens des gelben Sternes oder der Weigerung, den zwangsweise auferlegten zweiten Vornamen („Sara“, „Israel“) anzuführen. Auch Personen, die sich der Deportation entzogen (U-Boote) und deshalb verhaftet wurden, scheinen in jener Rubrik gelegentlich auf.
- 6 DÖW, Statistik der Staatspolizeileitstelle Wien für den Monat September 1943.

den übrigen Opfern politischer Verfolgung durch die Wiener Gestapo. Einen Höhepunkt erreichte der Gestapo-Terror im März 1944: 2.656 Festnahmen, 561 Überstellungen in „Arbeitserziehungslager“, 69 Einweisungen in Konzentrationslager. Unter den Festgenommenen befanden sich nicht weniger als 1.074 „Ostarbeiter“ und 292 Polen (jeweils wegen Arbeitsniederlegungen).⁷ Individuelle Arbeitsniederlegungen und Streiks deckten jedoch nur einen Teil der Widerstandstätigkeit von ausländischen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen ab, darüber hinaus sind vielfach Fälle von Sabotageakten und anderen Formen des Widerstands gegen die NS-Kriegsmaschinerie überliefert. Dass im Deutschen Reich eingesetzte „Ostarbeiter“ überhaupt imstande waren, individuelle und kollektive Formen von Resistenz zu entwickeln, ist unter Berücksichtigung der sozialen und politischen Rahmenbedingungen für Nachgeborene nur schwer nachzuvollziehen. In der rassistisch geprägten Werteskala der Nationalsozialisten rangierten sie (von jüdischen Arbeitskräften abgesehen, die auf jeden Fall zur Vernichtung bestimmt waren) ganz unten, und für die NS-Behörden hatte die konsequente Durchsetzung von zwei Aspekten vorrangige Bedeutung: zum einen die vollständige oder weitestgehende Segregation der „Ostarbeiter“ von der „deutschen“ Zivilbevölkerung⁸ bis hin zur geplanten Einrichtung von eigenen „Russenbetrieben“; zum anderen ein vielschichtiges System von Kontroll-, Überwachungs- und Bespitzelungsmechanismen, das die „Ostarbeiter“ von ihrer – zumeist zwangsweise erfolgten – „Rekrutierung“ bis zu ihren Unterkünften und Arbeitsplätzen begleitete.

7 DÖW, Statistik der Staatspolizeileitstelle Wien für den Monat März 1944.

8 In einem Runderlass des Reichsführers SS wurde dazu unter Punkt VII festgehalten: „Eine besondere Beachtung ist der grundsätzlichen Trennung der Arbeitskräfte aus dem altsovjetrussischen Gebiet [UdSSR ohne die 1939–1940 erfolgten territorialen Veränderungen] von der deutschen Bevölkerung zu schenken. Es kommt darauf an, ein Eindringen kommunistischen Gedankengutes in die deutsche Bevölkerung durch Unterbindung jedes nicht unmittelbar mit der Arbeit zusammenhängenden Umganges zu verhindern und nach Möglichkeit jede Solidarität zwischen deutschen Menschen und den Arbeitskräften aus dem altsovjetrussischen Gebiet zu vermeiden. Gegen Deutsche, die dem zuwiderhandeln, ist mit den nach der Lage des Einzelfalles gebotenen staatspolizeilichen Maßnahmen vorzugehen.“ Auch Kontakte zwischen sowjetischen und anderen ausländischen Arbeitskräften sollten unterbunden werden, ein Vorhaben, das sich allerdings nicht durchsetzen ließ: „Sicherheitspolizeiliche Gefahren birgt auch in hohem Maße der Verkehr der anderen im Reich eingesetzten ausländischen Arbeiter mit den Arbeitskräften aus dem altsovjetrussischen Gebiet in sich; er ist deshalb auch mit Maßnahmen gegen die ausländischen Arbeiter zu bekämpfen. In der Regel wird hierbei die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager (bei den Italienern Abschiebung) in Frage kommen; dies gilt auch für Fälle des Geschlechtsverkehrs.“ Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BAB), RD 19/3, Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten. RdErl. des RFSS uChDtPol. im RMDI vom 20. 2. 1942 – S IV D Nr. 208/42 (ausl.Arb.).

Dieses Überwachungssystem begann bereits in den so genannten „Auffanglagern“ bzw. den „Entseuchungslagern“ im Generalgouvernement, wo die Bewachung durch die Ordnungspolizei erfolgte. Innerhalb der Reichsgrenzen folgte anschließend ein zumeist kurzer Aufenthalt in den Durchgangslagern, die von den Landesarbeitsämtern errichtet und verwaltet wurden. Im Februar 1942 existierten im Deutschen Reich 31 Durchgangslager für „Ostarbeiter“, vier davon in der „Ostmark“: Wien (Gänsbachergasse), Strasshof, Graz (Alte Poststraße), Linz. Das Reichssicherheitshauptamt (Abteilung IV E 1 b) traf ein Übereinkommen mit der Fachgruppe des Bewachungsgewerbes, wonach deren Angehörige bei der weiteren Überwachung eingesetzt werden sollten. Aus den Durchgangslagern wurden die sowjetrussischen Arbeitskräfte vom „Schutzpersonal“ jener Betriebe abgeholt, denen sie zugeteilt werden sollten. In staatlichen Betrieben (z. B. Reichsbahn, Werften) übte das Wachpersonal diese Funktion aus, ansonsten zumeist der Werkschutz oder (in kleineren Betrieben) Angehörige des Bewachungsgewerbes (Reichsgruppe Handel). „Bei der Bewachung muss von der Forderung ausgegangen werden, auf alle Fälle eine außerdienstliche Verbindungsaufnahme zwischen deutschen Volksgenossen und Sowjetrussen zu unterbinden. Wenn sich dieser Grundsatz auch an der Arbeitsstelle nicht ganz durchführen lässt, so ist er wenigstens im Lager streng zu beachten“ – so das RSHA im Februar 1942.⁹

Allerdings zeichnete sich angesichts des erheblichen Zustroms von „fremdvölkischen“ Arbeitskräften bald ab, dass das Wachpersonal zur „flächendeckenden“ Kontrolle nicht ausreichte, sodass man zur präventiven Abwehr von „volkspolitischen Gefahren“ zusätzliche Instrumentarien der Überwachung und Disziplinierung schuf. Zuverlässige, vom jeweiligen NSDAP-Kreisleiter bestimmte Parteigenossen waren dazu ausersehen, im Einvernehmen mit der Gestapo und den Kreispolizeibehörden „zur Verhinderung eines unerwünschten bzw. verbotenen Umgangs mit fremdvölkischen Arbeitskräften“ oder Kriegsgefangenen eine primär beobachtende Tätigkeit auszuüben. Sie erhielten spezielle Ausweise und waren zur Feststellung von Personalien legitimiert, hatten aber darüber hinaus keine hilfspolizeilichen Befugnisse.¹⁰ Vor allem aber wird anhand der einschlägigen Erlasse und Richtlinien das Interesse erkennbar,

9 BAB, R 58/1030, Fiche 4. Schnellbrief RSHA, IV E 1b an die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD und die Staatspolizei(leit)stellen, 6. 2. 1942.

10 Ebenda, Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Schnellbrief an alle Staatspolizeileitstellen, 5. 9. 1942; RD 19/3, Einsatz der Partei bei der Überwachung fremdvölkischer Arbeitskräfte zur Begegnung volkspolitischer Gefahren. RdErl. des RFSSuChDtPol. im RMDI vom 5. 9. 1942, S IV D Nr. 37/41 (ausl.Arb.).

das Heer der „Ostarbeiter“ von innen aufzuspalten, Entsolidarisierung und Gefahrenprävention miteinander zu verknüpfen: „Neben diesen Kräften ist ein Netz von Vertrauenspersonen aus Ostarbeitern zu schaffen, das so gut arbeiten muss, dass unzuverlässige Elemente, vor allem Hetzer und Saboteure schon festgestellt werden können, bevor sie Schaden anrichten. Ebenso müssen auf diesem Wege Vorbereitungen zur Flucht so rechtzeitig gemeldet werden, dass die betr. Ostarbeiter schon vorher festgenommen werden können. Es bestehen keine Bedenken dagegen, wenn Angehörige des ‚Lagerdienstes‘ wie auch Vertrauenspersonen in der Verpflegung, bei Freizeitgestaltung und auch durch gelegentliche Geldzuwendungen bevorzugt werden. Diese Vorteile müssen jedoch gegenüber den anderen Ostarbeitern mit der besseren Arbeitsleistung und besseren Disziplin begründet werden können. Vor allen Dingen dürfen diese Vorteile nicht [...] als sichtbare Belohnung für ‚Spitzeldienste‘ erscheinen.“¹¹ Um die Arbeitsmoral zu heben, wurde die ursprünglich konzipierte generelle Ausgangssperre (während der kärglich bemessenen Freizeit) ein wenig gelockert, allerdings nur für jene „Ostarbeiter, die sowohl im Lager wie bei der Arbeit eine gute Haltung zeigen“. Freilich war auch dieser Ausgang erheblichen Restriktionen unterworfen. Er sollte nur gruppenweise (im Regelfall 10–20 Personen) erfolgen, stand unter Aufsicht eines Angehörigen des „Lagerdienstes“ und musste bei Beginn der lokal festgesetzten Verdunklungszeiten beendet sein. Ein Besuch von Kinos, Gastwirtschaften und sonstigen Einrichtungen oder Veranstaltungen, an denen „Deutsche“ teilnahmen, blieb den russischen Zwangsarbeitern insgesamt verwehrt.¹²

Nach den Richtlinien des Reichsführers SS vom 20. 2. 1942 waren die Barackenlager der „Ostarbeiter“ mit einem Stacheldrahtzaun zu versehen¹³, eine Bestimmung, die nach einigen Monaten aus optischen und psychologischen Gründen revidiert wurde: „Die Lager dürfen nicht mit Stacheldraht umzäunt und die Fenster vergittert werden. Das Lager muss jedoch mit einer Umzäunung versehen sein, die eine Flucht möglichst erschwert und einen Zutritt von Deutschen und anderen ausländischen Arbeitskräften unmöglich macht. Den Ostarbeitern soll der Eindruck genommen werden, dass sie wie Gefangene ge-

11 BAB, R 58/1030, Fiche 4, Muster einer Dienstanweisung über die Behandlung der in Lagern untergebrachten Ostarbeiter, o. D. (1942).

12 Ebenda.

13 BAB, RD 19/3, Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, 20. 2. 1942, Anlage 1.

halten würden.“¹⁴ An anderer Stelle war hingegen explizit von einer „Gleichsetzung“ der „Ostarbeiter“ mit den russischen Kriegsgefangenen die Rede.¹⁵

Ein weiteres Element der Kontrolle stellte die visuelle Kennzeichnungspflicht der russischen Arbeitskräfte dar. Diese mussten – stets sichtbar – auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstücks ein mit diesem fest verbundenes, exakt genormtes Abzeichen tragen. Es bestand aus einem hoch stehenden Rechteck mit den Maßen 70 mm x 77 mm und war bei einer 10 mm breiten blauweißen Umrandung auf blauem Grund in weißer Schrift mit dem Kennwort „OST“ versehen.¹⁶

Schließlich ist noch auf die drakonischen Terrormaßnahmen hinzuweisen, die den ausgebeuteten Arbeitern und Arbeiterinnen aus der Sowjetunion bei „Disziplinverstößen“, Fluchtversuchen und vor allem bei sexuellen Kontakten mit „Deutschen“ drohten. Arbeitsvertragsbrüche wurden im Regelfall mit einer Einweisung in „Arbeitserziehungslager“ geahndet, im Wiederholungsfall auch mit einem KZ-Aufenthalt; geflüchtete und wieder aufgegriffene „Ostarbeiter“ mussten anfänglich mit einer „Sonderbehandlung“ (Hinrichtung) rechnen, später mit einer Überstellung in Konzentrationslager¹⁷. Während bei manchen innerbetrieblichen oder sonstigen kleinen Disziplinwidrigkeiten die rigorosen Bestimmungen aus dem Jahr 1942 zum Teil erheblich abgemildert wurden, blieb der Geschlechtsverkehr mit „Deutschen“ ein todeswürdiges „Verbrechen“. Himmlers Richtlinien dazu legten fest:

„Die Ausübung des Geschlechtsverkehrs ist den Arbeitskräften aus dem altsovjetrussischen Gebiet verboten. Durch die streng abgeschlossene Unterbringung haben sie an sich auch keine Gelegenheit dazu. Sollte

14 BAB, R 58/1030, Fiche 4, Muster einer Dienstanweisung, o. D. (1942).

15 BAB, RD 19/3, Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten. RdErl. des RFSSuChDtPol. im RMdI vom 20. 2. 1942.

16 BAB, RD 19/3, Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, 20. 2. 1942, Anlage 1.

17 In einer teilweisen Modifizierung früherer Bestimmungen wurde dazu Ende Mai 1942 festgelegt: „Wieder ergriffene flüchtige Arbeitskräfte sind – soweit sie kein Kapitalverbrechen begangen oder sich nicht politisch gefährlich betätigt haben – nicht zur Sonderbehandlung vorzuschlagen, sondern dem nächsten Konzentrationslager zu überstellen. Arbeitskräfte, die beim Abtransport lediglich von ihren Transporten abgekommen sind, ohne daß eine ausgesprochene Flucht vorliegt, können dann dem nächsten Arbeitsamt zugeführt werden, wenn einwandfrei feststeht, daß sie ordnungsgemäß angeworben und mit den Transporten hereingekommen sind; widrigenfalls hat auch in derartigen Fällen Einweisung in ein Konzentrationslager zu erfolgen, um zu verhindern, daß illegal hereingekommene, mit bestimmten Aufträgen versehene Personen zur Arbeit vermittelt werden.“ BAB, Rd.Erl. des

es dennoch – insbesondere bei den in der Landwirtschaft einzeln eingesetzten Arbeitskräften – zur Ausübung des Geschlechtsverkehrs kommen, ist wie folgt zu verfahren:

1. Für jeden Geschlechtsverkehr mit deutschen Volksgenossen oder Volksgenossinnen ist bei männlichen Arbeitskräften aus dem altsovjetrussischen Gebiet Sonderbehandlung¹⁸, bei weiblichen Arbeitskräften Einweisung in ein Konzentrationslager zu beantragen.

2. Bei Geschlechtsverkehr mit anderen ausländischen Arbeitern ist das Verhalten der Arbeitskräfte aus dem altsovjetrussischen Gebiet als schwere Disziplinwidrigkeit mit Einweisung in ein Konzentrationslager zu ahnden.

[...] Sollten sich deutsche Volksgenossen oder Volksgenossinnen mit Arbeitskräften aus dem altsovjetrussischen Gebiet in Geschlechtsverkehr oder unsittliche Handlungen einlassen, ist gegen sie die Einweisung in ein Konzentrationslager zu beantragen“.¹⁹

Bei „Sittlichkeitsdelikten“, Sabotagehandlungen und Gewaltverbrechen jeglicher Art war der Reichsführer SS damit einverstanden, die Ermittlungsvorgänge an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass „sicher mit der Verurteilung des Täters zum Tode zu rechnen“²⁰ sei.

Karl Hudomalj und die „Anti-Hitler-Bewegung“ im Widerstand gegen das NS-Regime 1942–1944

Seit etwa Februar 1942 illegal in Wien lebend, baute der slowenische KP-Funktionär Karl Hudomalj ein relativ weit verzweigtes Widerstandsnetz auf, das von Anfang an auf ein sozialistisch-kommunistisches Bündnis abzielte. Der rührige Organisator konnte sich dabei auf politische und persönliche Kontakte stützen, die er bereits 1936 während eines längeren illegalen Aufenthaltes in Wien geknüpft hatte.²¹ Dem „Initiativ-Komitee der Anti-Hitler-Bewegung“, das sich

RFSSuChDtPol. im RMdI. vom 27. 5. 1942, Behandlung von Arbeitskräften aus dem altsovjatischen Gebiet.

18 In Fällen dieser Art erfolgte die Hinrichtung grundsätzlich durch Erhängen.

19 BAB, RD 19/3, RdErl. des RFSSuChDtPol. im RMdI vom 20. 2. 1942.

20 Ebenda.

21 Aus Platzgründen musste auf eine biografische Darstellung dieses jugoslawischen „Berufsrevolutionärs“ verzichtet werden. Hier sei lediglich auf seinen „Kaderakt“ im Moskauer

im November 1942 konstituierte, gehörten neben dem Gründer das Ehepaar August und Maria Kamhuber sowie Karl Suchanek an, ein Mitglied der „Revolutionären Sozialisten“. Bereits um die Jahreswende 1942/43 entstand die erste Nummer der bis November 1943 monatlich erscheinenden Zeitung „Die Wahrheit“, von der jeweils 100 bis 250 Exemplare hergestellt und teils per Post verschickt, teils an persönlich bekannte „Hitler-Gegner“ verteilt wurden. Die konspirative Abschirmung bei dieser propagandistischen Tätigkeit muss sehr gut funktioniert haben: Obwohl die Gestapo von etlichen Ausgaben einzelne Exemplare beschlagnahmte, gelang es ihr ein Jahr lang nicht, in die Gruppe einzudringen, und als Ende November 1943 die ersten Verhaftungen führender Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stattfanden, erfolgte diese teilweise Aufrollung des Widerstands-Netzwerks auch nicht infolge der illegalen Propaganda-Tätigkeit (siehe unten).

In der zweiten Ausgabe betonten die Verfasser der „Wahrheit“ ihre Bereitschaft, auch andere politische Richtungen der Hitlergegner, darunter die Christlichsozialen, in das Initiativkomitee aufzunehmen, bis die Möglichkeit vorhanden sei, ein führendes Komitee aus Vertretern aller Organisationen der Hitlergegner zu schaffen.²² In der nächsten Ausgabe der „Wahrheit“ veröffentlichte das Initiativkomitee ein Aktionsprogramm, das u. a. folgende Punkte enthielt:

- „Sturz der Naziherrschaft durch alle Hitlergegner und Schaffung einer demokratischen Regierung Österreichs“
- „Friede, Freiheit und ein unabhängiges Österreich!“
- „Wiederherstellung des Achtstundentages und aller geraubten Rechte für die gesamte Arbeiterklasse“
- „Enteignung und Verstaatlichung aller Betriebe der Kriegsverbrecher sowie Heranziehung ihres Privatvermögens zur Entschädigung der Verwundeten, Kriegsinvaliden und der durch Kriegshandlungen schwer geschädigten Bevölkerung“
- „Sofortige Zurückziehung aller österreichischen Soldaten in die Heimat“

RGASPI, 495/277/189 verwiesen, der allerdings für die Periode nach 1939 nur noch spärliche Einträge enthält. Bemerkenswert ist u. a. eine Beurteilung durch „Walter“ [Josip Broz Tito] vom 31. 8. 1936. Hudomaljs Russischkenntnisse waren nicht die allerbesten, und bei diversen Dokumenten sind schwer zu übersetzende bzw. offensichtlich fehlerhafte russische Passagen mit Ausdrücken aus anderen slawischen Sprachen vermengt. Dr.ⁱⁿ Julia Köstenberger gab sich größte Mühe, trotz dieser Hindernisse eine möglichst sorgfältige Übersetzung ins Deutsche anzufertigen, wofür ihr an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

22 DÖW 5.934, „Wahrheit“, Nr. 2.

- „Enthegung von Personen, die durch Verdrängung anderer von Nazis besetzt wurden, und Verjagung von Betriebsführern, die infolge ihrer Nazizugehörigkeit Geschäfte und Betriebe übernommen, seinerzeit auch ‚arisiert‘ haben“²³

Eine Kampfansage an die Tausenden „Ariseure“ hatte in programmatischen Erklärungen antifaschistischer Untergrundorganisationen eher einen Seltenheitswert.

Trotz seines ambitionierten Programms, das vor allem auf die Bildung von „Anti-Hitler-Komitees“ als einheitlicher Kampforgane in Betrieben, Kasernen usw. abzielte, mied Hudomalj jeglichen Kontakt mit der von Gestapo-Spitzeln infiltrierten Stadtleitung, aber auch mit den Bezirksleitungen der illegalen KPÖ.²⁴ Stattdessen suchte er auf direktem Wege eine Verbindung mit der Moskauer Exilparteiführung bzw. der Kommunistischen Internationale (Komintern) herzustellen, und zwar durch Wehrmachtsangehörige, die an der russischen Front überlaufen und der Parteileitung Informationen übermitteln bzw. Instruktionen entgegennehmen sollten. Nachdem einige dieser Versuche im Sommer bzw. Herbst 1942 gescheitert waren²⁵, erklärte sich der Wehrmachtssoldat Franz Burda bei einem Heimaturlaub zu Weihnachten 1942 zu einer Aktion bereit, die – in solchem Kontext – wohl zu den waghalsigsten des ganzen Krieges gezählt werden darf. Hudomalj verfasste in winziger Schrift einen für Georgi Dimitrow, den Vorsitzenden der Komintern, bestimmten Bericht, den Burda in seinem Uniformrock einnähte, und ergänzte dieses Schreiben durch zahlreiche detaillierte Informationen und Instruktionen, die Burda auswendig lernte. Nach wochenlangen Vorbereitungen gelang es ihm im Februar 1943 im Kessel von Demjansk tatsächlich, seine gefährliche Mission zu

23 Ebenda, „Wahrheit“, Nr. 3.

24 Zur Infiltration der kommunistischen Untergrundbewegung, vor allem seit 1940, durch V-Leute der Gestapo vgl. Hans Schafranek, Wiener Gestapo-Spitzel im Umfeld sowjetischer Funk- und Fallschirmagenten und als Mitbegründer der 4. illegalen Inlandsleitung der KPÖ (1942), in: Zeitgeschichte, Jg. 40, H. 6, November/Dezember 2013, S. 323–337; ders., Julius Kornweitz und Leo Gabler – Auslandsemissäre der KPÖ im Visier der Gestapo, in: DÖW (Hrsg.), Jahrbuch 2011, S. 185–208; ders., Drei Gestapo-Spitzel und ein eifriger Kriminalbeamter. Die Infiltration des KJV Wien-Baumgarten (1940) und der KPÖ-Bezirksleitung Wien-Leopoldstadt (1940/41) durch V-Leute der Gestapo, in: DÖW (Hrsg.), Jahrbuch 2009, S. 250–277; ders., V-Leute und ‚Verräter‘. Die Unterwanderung kommunistischer Widerstandsgruppen durch Konfidenten der Wiener Gestapo, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 3 (2000), S. 300–349.

25 Privatarchiv Hans Schafranek, Nachlass Irma Machalek, Gedächtnisprotokoll Irma Machalek zum Fall Gregor Kersche, Louise Soucek, Hilde Mraz und Karl Hudomalj, o. J.

erfüllen und zur Roten Armee überzulaufen.²⁶ Ein von ihm im Kriegsgefangenenlager verfasster, 21 maschinschriftliche Seiten umfassender Bericht stellt ein einzigartiges Dokument dar,²⁷ das nicht nur exakte Informationen über die bis Ende 1942 geleistete Arbeit enthält, sondern vor allem die Perspektiven der zukünftigen Aktivitäten sehr genau umreißt. Sie sahen u. a. den Einsatz von sowjetischen Funk- und Fallschirmagenten vor, mit genauer Beschreibung der in Frage kommenden Absprungzonen, Ausrüstungsgegenstände usw. Hudomaljs Vorschläge und Instruktionen dokumentieren deutlich, dass er weitaus umsichtiger operierte als die meisten der vor ihm zuvor aus Moskau entsandten Emis-säre, die zur Reorganisation der illegalen KPÖ in die „Ostmark“ eingeschleust worden waren. Darüber hinaus zeigen sie aber auch, dass sich Hudomalj auf eine enge Kooperation mit russischen „Fremdarbeitern“ hin orientierte.

Tatsächlich wurde im Juli 1943 von einem sowjetischen Flugzeug in Polen ein dreiköpfiges Agententeam abgesetzt, das aus Gregor Kersche, einem Kärntner „Altkommunisten“, und den österreichischen Politemigrantinnen Hilde Mraz und Aloisia Soucek bestand. Kersche war als „Resident“ (Operationsleiter) vorgesehen, die zwei Frauen als Funkerinnen. Unter großen Mühen gelangten sie unbehelligt nach Wien, wo nach einiger Zeit der Kontakt mit Hudomalj und anderen Angehörigen der „Anti-Hitler-Bewegung“ zustande kam. Kersche war in einem starken Maße in die Tätigkeit dieses Widerstands-Netzwerks eingebunden; der eigentliche Zweck seines Unternehmens – die Herstellung einer regelmäßigen Funkverbindung zwischen Wien und Moskau – scheiterte aber infolge technischer Komplikationen.²⁸

Einen wichtigen Bündnispartner gewann Hudomalj mit Dr. Alfred Migsch, einem ehemaligen SAJ-Spitzenfunktionär, der nach 1945 als SPÖ-Politiker tätig war und von 1947 bis 1949 als Minister für Elektrifizierung und Energiewirtschaft fungierte. Migsch war nicht nur maßgeblich an der Gestaltung der „Wahrheit“ beteiligt, er stellte auch die Kontakte zu progressiv-katholischen Kreisen her, besonders zur Gruppe um Dr. Felix Hurdes, den nachmaligen ÖVP-Unterrichtsminister.²⁹

26 DÖW, Interview mit Franz Burda (Interviewer Hans Safrian), 25. 7. 1984, Transkript, S. 15–22.

27 DÖW 879, Bericht des Gen. Franz Burda an das Z.K. der Komm. Partei Österreichs, Kriegsgefangenenlager Nr. 87, 5. 6. 1943 (Abschrift).

28 Vgl. dazu Hans Schafranek, Frauen im Widerstandsnetzwerk um Karl Hudomalj. Die „Anti-Hitler-Bewegung Österreichs“ 1942–1944, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2015.

29 DÖW 5.934, Bericht Dr. Alfred Migsch, 10. 11. 1969.

Die „Anti-Hitler-Bewegung“ wies einige Spezifika auf, die sie von vielen anderen Gruppierungen im österreichischen Widerstand unterschied. Sie war – ungeachtet der hervorragenden politischen und organisatorischen Rolle des KP-Funktionärs Hudomalj – ein genuin überparteiliches Netzwerk, in dem sozialistische und bürgerliche Mitstreiter nicht bloß der propagandistischen Staffage dienten. Keine andere Untergrundorganisation in der „Ostmark“ war in einem so beträchtlichen Ausmaß mit den Widerstandsaktivitäten von ausländischen, vornehmlich russischen Arbeitskräften sowie der Fluchthilfe für „Ostarbeiter“ und sowjetische Kriegsgefangene verbunden wie die Gruppe um Karl Hudomalj. Und schließlich ist auf den außergewöhnlich hohen Anteil von Aktivistinnen hinzuweisen, der das politische Wirken jener Widerstandsorganisation charakterisierte. Von 70 Personen, die großteils zumindest mit einigen biografischen Eckdaten erfasst und der „Anti-Hitler-Bewegung“ zugeordnet werden konnten, waren nicht weniger als 39 (d. h. 56%) Frauen. Die Gründe für dieses Spezifikum, eine detaillierte Darstellung der Aktivitäten sowie eine Reihe von Frauenbiografien sind in einem anderen Aufsatz nachzulesen,³⁰ sodass es hier genügen mag, zwei Beispiele von Widerstandskämpferinnen anhand von Selbstzeugnissen zu dokumentieren, die zugleich in exemplarischer Form wichtige Tätigkeitsbereiche der Organisation insgesamt veranschaulichen.

Friederike Stolba (geb. 1924) sollte eigentlich als Nachrichtenhelferin nach Saloniki versetzt werden; da sie jedoch als überzeugte Antifaschistin nicht für die Wehrmacht arbeiten wollte, heiratete sie ihren Verlobten, den schon erwähnten Franz Burda, und hoffte, als verheiratete Frau in der Heimat bleiben zu können. Diese Erwartung ging tatsächlich auf, und sie wurde bei der Firma Reichert (Optische Werke) dienstverpflichtet, die damals (April 1943) schon auf Rüstungsindustrie umgestellt war und u. a. für die Wehrmacht Fernwinkelrohre erzeugte. Ihr Bericht zeigt in sehr anschaulicher Weise nicht nur Details der Sabotagetätigkeiten von jungen Frauen und ausländischen Arbeitskräften, sondern auch innerbetriebliche Voraussetzungen, z. B. die elementare Notwendigkeit eines Gespürs für die politische Gesinnung von Meistern und Vorarbeitern, und ebenso eine realistische Einschätzung der jeweiligen Verhältnismäßigkeit der Mittel, um Sabotageakte als solche nicht unmittelbar ins Blickfeld geraten zu lassen und die eigenen Spuren zu verwischen:

„Im Fabrikationsbüro sind die Nazis konzentriert gesessen. Ich hab dort die ehrenvolle Aufgabe gehabt, den Akkord auszurechnen, das hat mir gar net behagt. Ich hab mir also die rechte Hand einbunden und hab

30 Schafranek, Frauen im Widerstandsnetzwerk.

versucht mit der linken zu schreiben. Sie haben mich zwar net zum Arzt geschickt, um das kontrollieren zu lassen, aber sie haben mich strafversetzt. Durch diese Versetzung bin ich dorthin kommen, wo ich eigentlich hinwollte: zu den ausländischen Arbeitern [...].

Strafversetzt worden bin ich in die Werkstatt runter. Als Ersatz für den Werkstättenschreiber in der Dreherei. Eine Zeitlang war ich noch gemeinsam mit ihm dort, was sehr angenehm war, weil wir sofort gespürt haben, daß da ein gemeinsames Interesse ist. Er hat mir auch schon sagen können, mit wem man Kontakt halten, mit wem von den Ausländern man reden kann; wo ist es sinnvoll, den Mund nicht aufzumachen, wie schauen die Meister aus [...]. Damals ist noch mit Blaupausen gearbeitet worden, nicht wie heute mit Fotokopien, und auf diesen Blaupausen war intern ein Zeichen drauf, daß man gewußt hat: was ist ein Zivilauftrag und was ein Kriegsauftrag. Daß ich da geschwind dahinter kommen bin, ist klar. Mein ganzes Bestreben war dann, wie könnte man bei der Firma Reichert sabotieren? Wie und wo könnte man den Hebel ansetzen? Als Werkstättenschreiberin hab ich ja die Aufträge kontrollieren müssen, die Stückzahl. Ich hab also auch den Ausschuß am besten unter Kontrolle gehabt, weil das durch meine Händ gangen ist.

Also gut, wie kann man Ausschuß erzeugen? In der Dreherei sind die Griechen gewesen. Da hast eine Drehbank, an der Drehbank war ein Drehmesser befestigt, und mit dem Messer ist von dem Werkstück abdreht worden bis zum optischen Maß, das vorgeben war. Das geht auf ein Hundertstel genau, und wenn du um ein Hundertstel zuviel wegdrehst, kannst das Stückl wegschmeißen. Du hast auch das Messer ruinieren oder den Drehvorgang abrupt abbrechen können, dann hast auch einen Ausschuß gehabt. [...] Bei den Griechen waren nur ein paar, auf die du dich hast verlassen können, aber die haben dann auf Ausschuß gemacht. Bei den Franzosen warens mehr, da hab ich net so vorsichtig streuen müssen. Die waren in der Bohrerei. Heeresauftrag in der Bohrerei. Die Bohrmaschinen sind so eingerichtet, daß einer sieben Spindeln beaufsichtigen kann, und wennst einen Hebel bewegst, sind mehrere Werkstücke gleichzeitig bearbeitet. Oder sie sind hin.

Als Werkstättenschreiberin hab ich überall Zutritt gehabt. Ich bin also rauf in die Bohrerei, bin zum Meister und hab ihn gefragt, wärs möglich, daß du mir erklärst und zeigst, wie man die Gehäuse anbohrt. Er hat mich eine Weile angeschaut, hat ein bißl gestutzt, und nach einer Zeit hat er gesagt, na, komm mit. Ich hab gewußt, er ist ein Antifaschist, aber ich habs ihm ja nicht auf die Nase binden können, was ich dort

genau machen will. Es hat halt jeder geschaut damals, was in seiner Macht stand, gegen die Nazis zu tun. Es war net so, daß ein jeder einen politischen Auftrag kriegt hat.

Der Meister führt mich also in die Bohrererei und hat mir das zeigt. Hat zugeschaut, wie ichs mach, dann ist er fortgegangen. Er hat ein Gspür gehabt, wollt aber net direkt konfrontiert werden damit. Bei den Franzosen war sofort eine Versammlung: Die Werkstättenschreiberin von der andern Werkstatt kommt zu uns, zur Maschin, die laßt sich da was zeigen! Ich hab in der Schul Französisch gelernt, zu dem Zeitpunkt hab ich's noch ein bißl können. Hab noch so viel radebrechen können, daß ich denen erklärt hab, wenn auf den Blaupausen steht, das ist für'n Krieg, la guerre, sollen sie nicht so präzis arbeiten. Dann hab ich ihnen zeigt, wie man die Gehäuse ganz durchbohrt, statt sie nur anzubohren. Da war dann ein Loch drinnen, das war nicht mehr zum Schweißen, das war Ausschuß. Aber bittschön, net zu viel, hab ich ihnen noch gesagt, das tät auffallen, da gibt's dann Kontrolle, und das brauchen wir wiederum net. Was wir brauchen, ist ein bißl Ausschuß.

Die Franzosen haben das gemacht, die haben verstanden, um was gangen ist, das hast beim Reden ja rauskriegt. Die sind zsammgfangen worden auf der Straßen, in einen Lastwagen rein und ab nach Österreich. Die sind ja net freiwillig kommen, die warn irgendwie unter Druck. Genauso die Griechen und Jugoslawen. Die Serben zum Beispiel haben von ihrem Barackenquartier in Floridsdorf ein schönes Stückl Weg bis zur Fabrik in Hernals gehabt. Wenn die um fünf Minuten zu spät kommen sind – bei uns hats ja Lochkarten geben – ist ihnen eine ganze Stund abgezogen worden. Da hat zum Beispiel der Meister Potensky einen Mechanismus erfunden, mit dem wir die Uhr aufhalten konnten. Wir haben so ein Schnapperl draufgeben, dann ist die Uhr stehengeblieben. Zehn Minuten ist sie von uns aufgehalten worden, dann haben wir das Schnapperl weggenommen, die Zeit nachgestellt, und die Uhr ist wieder normal gangen. So ist den Arbeitern geholfen worden. [...]

Einmal bin ich hinuntergangen in die Kontrolle von der Dreherei. Um die Arbeiten kontrollieren zu können, hat es Meßgeräte geben, sehr präzise Lehren. Unten war der Schmalhofer Fritz. Zu dem bin ich hin, hab mich in ein Gespräch einlassen, hab aufpaßt, wo er die Lehre hingibt. Dann hab ich einen Augenblick erwischen müssen, wo niemand in der Kontrolle war, wo alle Händ' waschen, essen oder sonst wo waren. Da hab ich das Gerät an mich genommen. Am nächsten Tag ist der Schmalhofer käsweiß zu uns raufkommen, beichtet dem

Meister Potensky, es ist eine Lehre verschwunden, er kann jetzt dieses Werkstück net kontrollieren. Das ist ein Heeresauftrag, wir kommen in Terminverlust, was soll er denn machen? Müssen wir halt eine neue Lehre machen, hat der Potensky gesagt. Kannst du denn das? Und der Schmalhofer: Na gut, muß mir die Blaupausen zur Verfügung stellen und das Werkzeug. Dann hat er den Machowetz gerufen, der in der Werkzeugmacherei gearbeitet hat, hat ihm das Material übergeben und gesagt, das muß so geschwind wie möglich fertig sein. Und hat mit einem Aug geblinzelt. Jetzt hat der Machowetz genau gewußt, er soll sich Zeit lassen, so lang es geht. Das hat er auch gemacht. Zwei Wochen hat er braucht, bis die neue Lehre fertig war. Wegen Terminverlust hat der Reichert sein Pönale zahlen müssen, es ist net weiter kontrolliert worden. Und wie die neue Lehre fertig war, ist die erste wieder auftaucht, ich hab sie wiederum hingelegt. Dadurch war der Schmalhofer rehabilitiert, die [Lehre] ist nur verlegt gewesen.

So hab ich in Wien probiert, wie das Sabotieren geht. Aber bitte, die Katze läßt das Mausen nicht, im Lager draußen, in Ravensbrück, hab ich dann genau das gleiche gemacht.³¹

Auch in fast allen anderen bekannt gewordenen Fällen erfolgreicher und folgenlos gebliebener betrieblicher Sabotageakte erforderten diese eine direkte Deckung oder zumindest stillschweigende Duldung durch unmittelbare Vorgesetzte oder sonstige Funktionsträger. In der Firma Kroneis, Wien IV., die feinmechanische Geräte für den Rüstungsbedarf herstellte, war die „Anti-Hitler-Bewegung“ bereits 1942 durch eine sechsköpfige Betriebszelle vertreten, die erhebliche Mengen an Ausschuss „produzierte“. Es erwies sich dabei von erheblichem Vorteil, dass der DAF-Betriebsobmann einer kommunistischen Parteizelle im Rahmen der „Anti-Hitler-Bewegung“ angehörte. Eine ähnliche Situation bestand in der Bäckerei Löhr, in der Rudolf Rothfus zugleich als DAF-Betriebsobmann und Leiter einer illegalen Betriebszelle fungierte.³²

Die der KP angehörige Wilma Trawnitschek etablierte eine Kurierlinie nach Slowenien, um Kontaktmöglichkeiten mit Partisanen zu organisieren: „In dieser Partisanenangelegenheit fuhr ich im Auftrag von Hudomalj nach Zagorje [Hudomaljs Heimatort], dem damaligen Edlingen, zu Frau Eli Mann, die dann auch später nach Wien zu einer Besprechung bezüglich einer Auffangs-

31 Karin Berger / Elisabeth Holzinger / Lotte Podgornik / Lisbeth Trallori (Hrsg.), *Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand. Österreich 1938–1945*, Wien 1985, S. 73 ff.

32 DÖW 879, Bericht des Gen. Franz Burda an das Z.K. der Komm. Partei, 5. 6. 1943.

und Weiterleitungsstelle in Zagorje [kam], um Wehrmachtsangehörige zu den Partisanen weiterzuleiten. Auch mit Max Gersak aus Crno, einem alten illegalen Mitarbeiter von Hudomalj in Jugoslawien, hatte ich in Klagenfurt einige Zusammenkünfte in gleicher Angelegenheit. So hatte ich schon zwei Verbindungsmänner in Jugoslawien, die mir dann auch sehr zu Hilfe kamen, als ich aus Österreich flüchten musste.“³³

Die Aufrollung und Zerschlagung der Hudomalj-Gruppe vollzog sich in mehreren Etappen, die mehr oder weniger deutlich voneinander abgegrenzt werden können. Ab Mitte Oktober 1943 verhaftete die Gestapo vereinzelt Angehörige der von Hudomalj gleichfalls initiierten „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ (siehe das folgende Kapitel), ohne diese jedoch zunächst in Verbindung mit der „Anti-Hitler-Bewegung“ zu bringen. Etwa seit dem 20. November 1943 geriet Hudomalj vorrangig ins Visier der Ermittlungen, jedoch weiterhin ausschließlich im Kontext seiner russischen Verbündeten, während man über den Herausgeberkreis der „Wahrheit“ noch geraume Zeit völlig im Dunklen tappte. Über den damaligen Kenntnisstand sind wir durch einen zusammenfassenden Gestapobericht informiert. Demnach handle es sich bei der „Ostarbeiter“-Gruppe um eine „zum Teil bereits durchgreifend organisierte kommunistische Terror-, Sabotage- und Partisanengruppe [...], die von einem aus Moskau entsandten Agenten einheitlich geleitet wird. Dieser soll Serbe sein und in Wien verschiedene Schlafstätten haben, in denen er die Möglichkeit hat, unangemeldet unterzukommen. Bei einem dieser Wohnungsgeber handelt es sich um einen Straßenbahnschaffner im 17. Bezirk [...]. Zur Durchführung seiner Weisungen bedient sich der Serbe, der ‚Juri‘ heißt, – ob dies der Vor-, Zu- oder Deckname ist, ist noch nicht bekannt –, eines aus der Gefangenschaft geflüchteten sowjetrussischen Oberleutnants namens Michail Iwanow, der in unmittelbarer Nähe des Juri in Wien, XVII., Zeillergasse, bei einem deutschen Staatsangehörigen Aufnahme gefunden hat.“³⁴

Damit waren die Verfolger dem umtriebigen Organisator, seinen Quartiergebern und den Verbindungspersonen zur „Ostarbeiter“-Organisation bereits gefährlich nahe gerückt. Hudomalj war seinen Vertrauten in Wien unter den Namen „Juri“ und „Kerner“ bekannt, zwei von vielen Decknamen, die der Slowene im Lauf seiner abenteuerlichen politischen Vita führte.³⁵ Der Stra-

33 DÖW 329, Bericht Wilma Trawnitschek, 19. 11. 1963.

34 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 25, 23.–25. 11. 1943.

35 Sein quasi-offizieller Name in der Komintern lautete „Oskar Hernet“. Weitere Pseudonyme bzw. Decknamen: Willi Poreni, Julius Hofer, Pavel Sikorskij, Willi Hriber. Vgl. RGASPI, 495/277/189, Kaderakt Karl Hudomalj.

Benbahnschaffner aus dem 17. Bezirk war August Kamhuber, wohnte in der Pretschgogasse, und die Zeillergasse, besonders der so genannte „Paprikahof“, entpuppte sich später geradezu als Sammelbecken von Mitgliedern der Hudomalj-Gruppe, vor allem von Frauen, die sich als Quartiergeberinnen und Fluchthelferinnen für Untergetauchte engagierten. Eine erste größere Verhaftungsaktion (27.–29. 11. 1943) richtete sich primär gegen diesen Personenkreis sowie die bis dahin eruierten Verbindungsleute zur „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“: Gustav Schwella, Marie Schwella, Karl Rimmer, Marie Kamhuber, August Kamhuber, Johann Hobl, August Zwickl, Johann Rothfus, Tatjana Rothfus, Eleonore Schwella.³⁶ In den innersten Kreis (Hudomalj, Kersche) und deren engeres Umfeld vermochte die Gestapo erst um die Jahreswende 1943/44 einzudringen, und zwar „auf nachrichtendienstlichem Wege“,³⁷ d. h. durch den Einsatz der V-Leute Georg Weidinger und Josef Lochmann. Zwischen dem 4. und 11. 1. 1944 verhaftete die Gestapo Karl Hudomalj, Alfred Migsch, das Ehepaar Pirker, Irma Machalek, Gregor Kersche, Aloisia Soucek, Hilde Mraz sowie zahlreiche weitere Mitglieder der „Anti-Hitler-Bewegung“.³⁸ Hudomalj widersetzte sich der Festnahme, indem er einen Schuss aus seiner Pistole abfeuerte, wodurch jedoch niemand verletzt wurde. Seine Lage war völlig aussichtslos, zumal bei ihm Adressenmaterial und eine Reihe von Manuskripten gefunden wurden, die in der Jänner-Ausgabe 1944 der „Wahrheit“ erscheinen sollten.³⁹

Die „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“

Dem Bericht Franz Burdas (Juni 1943) ist zu entnehmen, dass es Hudomalj bereits im Sommer oder Herbst 1942, d. h. einige Monate vor der Konstituierung des „Initiativkomitees der Anti-Hitler-Bewegung“ gelang, unter den russischen, polnischen und französischen Zivilarbeitern und auch unter Kriegsgefangenen Zellen zu bilden, wobei sich die betreffenden Kontakte nicht nur auf Wien beschränkten, sondern auch auf Oberösterreich (Steyr) ausdehnten.⁴⁰

36 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 27, 1.–3. 12. 1943.

37 DÖW 5.080, Bericht der Gestapo Wien über die Tagung der N-Referenten, 28. 3. 1944.

38 WStLA, Vg 11 c Vr 586/47 (Volksgerichtsverfahren gegen Johann Sanitzer); DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 2, 7.–10. 1. 1944; Nr. 3, 11.–13. 1. 1944.

39 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 2, 7.–10. 1. 1944.

40 Burda schrieb dazu unter Bezug auf die Situation während seines Heimaturlaubs (Dezember 1942): „Am aktivsten arbeiten unsere französischen Genossen, doch fassen die Franzosen im allgemeinen zu uns Österreichern kein Vertrauen, da sie uns mitverantwortlich für Hitlers

Eine erhebliche Erweiterung der Tätigkeitsfelder und Sympathisanten entstand durch die im Frühjahr 1943 erfolgte Gründung einer Parallelorganisation, bei der – unter der politischen Leitung Hudomaljs – vor allem Gustav und Eleonore Schwella als Verbindungspersonen eine wichtige Rolle spielten. Es handelte sich um die überwiegend aus russischen Zwangsarbeitern bestehende „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“, die zeitweilig unter der Führung von Michail Zenenko und Michail Iwanow stand, einem sowjetischen Oberleutnant, der aus einem deutschen Kriegsgefangenenlager geflüchtet war. In etlichen Rüstungsbetrieben entstanden illegale Zellen und die von Hudomalj propagierten „Kampfkomitees“. Es waren vor allem diese „Ostarbeiter“, die der „Anti-Hitler-Bewegung“ eine besonders militante Ausrichtung verliehen, sei es durch die Vorbereitung und Durchführung von Sabotageakten, sei es durch den Diebstahl von Waffen, die zunächst der Selbstverteidigung dienten, perspektivisch aber zur Vorbereitung einer Widerstandsbewegung, für die nach dem Studium vieler einschlägiger Quellen die Bezeichnung „Stadtguerilla“ durchaus angemessen erscheint, ähnlich wie die zur gleichen Zeit im besetzten Paris operierende Kampfgruppe um den armenischen Arbeiterdichter Missak Manouchian.

Wichtige Stützpunkte und „Kampfkomitees“ entstanden vor allem in Betrieben bzw. „Ostarbeiterlagern“ im XX. Bezirk, etwa in dem der Blechwarenfabrik Jurany & Wolfrum,⁴¹ Leystraße, angeschlossenen Lager (Michail Zenenko, Iwan Isew, Nikolaj Kriwanjuk, Gregor Chlistun),⁴² bei der Wiener Brückenbau AG, Wien XX, Engerthstraße 115 (Zellenleiter Fillip Glebow),⁴³ in den Betrieben Strohmaier, Pater-Abel-Platz⁴⁴ (Wassilij Botscharow) und Rothmüller & Mowa, Vorgartenstraße 47 (Pjotr Lukjantschikow, Maria Sabatezkaja, Anna Harelowa, Maria Matirna)⁴⁵. Eine andere Gruppe von mili-

Erfolge machen. Die Arbeit unter den russischen und ukrainischen Zivilarbeitern wird von russischen Genossen organisiert, die nach der Besetzung ihrer Heimat die deutsche Front überschreiten wollten, dabei erwischt und zwangsverschickt wurden. Im November 1942 organisierten sie in Steyr und Kaisermühlen je einen 5 tägigen Streik mit der Forderung nach menschenwürdiger Kleidung und Aufhebung jeder Ausgangsbeschränkung [...]. Zwar wurden mehrere Rädelsführer hingerichtet, aber nach Abbruch des Streiks wurden den Arbeitern Kleiderkarten ausgehändigt und auch eine reichliche Beschickung der Läden mit Kleidern setzte ein“. DÖW 879, Bericht des Gen. Franz Burda an das Z.K. der Komm. Partei Österreichs, 5. 6. 1943.

41 In diesem Betrieb wurden damals u. a. Infanteriegeräte hergestellt.

42 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 16, 25.–29. 2. 1944.

43 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 8, 28.–31. 1. 1944.

44 Nach dem 2. Weltkrieg in Friedrich-Engels-Platz umbenannt.

45 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 28, 4.–6. 12. 1943.

tanten Aktivisten (Pjotr Kaluschinow, Georgij Chodinez, Pjotr Korschak u.a.) lebte im Ausländerlager der Gemeinde Wien (Wien X., Laaerstraße 61). Als ein Zentrum subversiver Aktivitäten entwickelte sich die Firma Elektron (Wien-Siebenhirten), in der Ilja Kirnosow – ursprünglich ein Buchdrucker, in Wien als Gießer beschäftigt – eine neunköpfige, sehr aktive Zelle aufbaute.⁴⁶ Andere Standorte waren das Lager in Wien V., Blechturmstraße 21 (Iwan Loos, Peter Saizew),⁴⁷ die Vereinigten Wäschereien-AG, Wien XIV., Hütteldorferstraße 13a (Zellenleiter Andre Prakofjew, Stellvertreter Nikolaj Sednjew)⁴⁸, die Maschinenfabrik Karl Hofbauer, Wien XIV., Seckendorfstraße 4 (Alexander Salew)⁴⁹, die Firma Rupert Nikoll, Wien XV., Hollergasse 12 (Michail Jaltuchowskij, Pawel Starawenko)⁵⁰, ein Lager am Hundsturm 6, Wien V. (Igor Truskowskij)⁵¹ sowie das Lager „Alpendorf“ der Gemeinde Wien (Iwan Pleschanow, Gregorij Iwanow, Wassilij Baragin, Valentin Golabew).⁵²

In einer Reihe von Fällen lässt sich die „Vorgeschichte“ von Kadern aus der „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ zumindest fragmentarisch eruieren, etwa bei dem zuvor genannten Ilja Kirnosow, einem jüdischen Angehörigen des Komsomol und späteren KPdSU-Mitglied. Kirnosow, der in der Roten Armee als Oberfeldwebel diente, hatte bei der Einkesselung seiner Truppe im Raum Kiew (August 1942) von dem Politruk-Kommissar Agajew die Weisung erhalten, sich durch die deutschen Linien zu schlagen und an der Lahmlegung der deutschen Nachschubwege mitzuwirken. Es gelang ihm, sich als Zivilist zu tarnen. Einige Monate später gelangte er mit einem Sammeltransport nach Wien, nahm bei der Firma Elektron Kontakt mit einem dort gleichfalls beschäftigten KP-Mitglied auf, von dem er den Text englischer Rundfunksendungen erhielt, die ihm als Grundlage für eine intensive Propaganda unter den „Ostarbeitern“ dienten. Gemeinsam mit dem später geflüchteten Zellenleiter Samuel Kutscherawenko (gleichfalls jüdischer Herkunft) warb er eine Reihe von Arbeitskollegen „für die schlagartige Durchführung von Sabotageaktionen mit dem Ziele der Verminderung der Rüstungsproduktion und Zersetzung der deutschen Wehrkraft“ an – so ein Bericht der Staatspolizeileitstelle Wien.⁵³

46 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 8, 28.–31. 1. 1944.

47 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 30, 10.–13. 12. 1943.

48 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 8, 28.–31. 1. 1944.

49 Ebenda.

50 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 14, 18.–21. 2. 1944.

51 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 29, 7.–9. 12. 1943.

52 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 14, 18.–21. 2. 1944.

53 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 29, 7.–9. 12. 1943.

Anatolij Jarmulski, der bis zu seiner Verhaftung am 27. 1. 1944 der Zelle in der Vereinigten Wäschereien-AG angehörte, hatte vor dem Transport nach Wien 1943 als Mitglied einer Partisanengruppe gegen die deutschen „Sicherungsstreitkräfte“ in der Ukraine bewaffneten Widerstand geleistet.⁵⁴

Wassilij Grigorjew (geb. 1918 in Petrograd), ein ehemaliger Angehöriger der Roten Armee, dessen Zugehörigkeit zur „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ allerdings nicht eindeutig feststeht, war im Kessel von Kiew in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten, aus der ihm die Flucht gelang. In der Folge schloss er sich im Gebiet von Poltawa einer Partisanengruppe an, die sich vorwiegend mit der Zerstörung von Verbindungslinien der Wehrmacht befasste. Hinter den deutschen Linien wurden Brücken und Straßenzüge gesprengt, ferner eine Zuckerfabrik und eine Kirche in Tscherkassy, weiters zwei Getreidesilos und andere Objekte. Als Berufsfunker hatte Grigorjew die Meldungen über den Erfolg der Sabotageakte seinen Vorgesetzten auf dem Funkweg übermittelt. Schließlich erhielt er den Auftrag, die deutschen Linien zu durchschreiten und wichtige schriftliche Aufzeichnungen dem Chef eines sowjetischen Armeestabes zu übermitteln. Unter einem falschen Namen („Leonid Golinko“) gelangte er schließlich ins Deutsche Reich, wechselte mehrmals „unerlaubt seine Arbeitsplätze“ und wurde am 1. 2. 1944 in Wien verhaftet.⁵⁵

Das von Rudolf Hitzler geleitete „Ostarbeiter“-Referat der Wiener Gestapo war aufgrund der Foltermethoden des Referatsleiters und seiner Mitarbeiter berüchtigt,⁵⁶ auf etlichen erkennungsdienstlichen Fotos von Angehörigen der „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ sind die Spuren schwerer Misshandlungen deutlich erkennbar. Dennoch blieb Ilja Kirnosow, als erster Aktivist am 15. 10. 1943 verhaftet,⁵⁷ viele Wochen standhaft, sodass in der Folge auch keine Verbindungen zur Hudomalj-Gruppe für die Gestapo erkennbar waren. Anfang Dezember 1943 gestand er schließlich, mit einem russischen Emigranten namens „Igor“ befreundet zu sein, der ihm bestimmte Sabotageaufträge erteilt habe. Kirnosow gab jedoch weder dessen Familiennamen noch den Wohnort bzw. Arbeitsplatz preis. Die Gestapo maß der Ergreifung „Igor“ offensichtlich große Bedeutung bei, denn sie führte „umfassende Ermittlungen und Fahndungsmaßnahmen“ in mehreren Wiener Bezirken durch, aufgrund derer es gelang, am 7. 12. 1943 Igor Truskowski, einen in Afghanistan geborenen Russen

54 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 8, 28.–31. 1. 1944.

55 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 10, 4.–7. 2. 1944.

56 Rudolf Hitzler wurde 1948 zu einer lebenslänglichen Kerkerstrafe verurteilt, jedoch 1955 begnadigt und entlassen.

57 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 15, 19. – 21. 10. 1943.

mit griechischer Staatsbürgerschaft, auszuforschen und tags darauf festzunehmen. Durch die gleichzeitigen Informationen von „Gewährsleuten“⁵⁸ erlangte die Gestapo Kenntnis davon, „dass am gleichen Tage um 11 Uhr vormittags bei der Firma A.u.W. Maier, Strickwarenfabrik, Wien XII., Längenfeldgasse 27, dem Beschäftigungsort des Truskowski, zwei Dampfkessel vermutlich durch Sabotage teilweise zerstört worden sind. Es ist gelungen, T. auch in diesem Falle zu einem Geständnis zu bringen. Er hatte in Kenntnis der Tatsache, dass die Sicherungen der elektrischen Wasserpumpe, die fünf Wasserdruckkessel mit Wasser zu versorgen hatte, abgeschmolzen waren, sämtliche fünf Kessel in der Absicht angeheizt, sie zur Explosion zu bringen. Um 11 Uhr sind die Wasserrohre zweier Kessel geborsten, während die anderen drei Kessel angeblich keinen Schaden erlitten haben. T. hat zugegeben, die Sabotagehandlung im Auftrage des Ostarbeiters und Funktionärs der kommunistischen Ostarbeiterorganisation, Pawel Purisow,⁵⁹ ausgeführt zu haben. Nach diesem wird gefahndet. Der entstandene Sachschaden beträgt, abgesehen von dem Arbeitsausfall, ca. 30.000 bis 40.000 RM.“⁶⁰

Ab Jänner 1944 tauchen in den Gestapoberichten nicht nur die Aktivisten und einige Aktivistinnen der „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“, sondern auch Dutzende Angehörige einer – so bezeichneten – „kriminellen Ostarbeiter-Bande“ oder „Ostbanditen-Organisation“ als Objekte politischer Verfolgung auf. Eine exakte personelle und auch organisatorische Differenzierung ist etwas schwierig: Von der „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ existieren keine zeitgenössischen Dokumente programmatischer Natur, und wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, dass sie parallel und zugleich in sehr enger Kooperation mit der „Anti-Hitler-Bewegung Österreichs“ agierte, so wissen wir bislang doch sehr wenig über die Organisationsstrukturen des russischen Pendantes der von Hudomalj geführten Organisation. Zudem sind in einigen Fällen persönliche Verbindungen zwischen Widerstandskämpfern beider russischer Gruppen direkt überliefert, und darüber hinaus wird man weitere Kontakte in größerer Zahl aufgrund der Beschäftigung im selben Betrieb oder der Unterkunft in demselben Barackenlager mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen dürfen. Deshalb werden hier auch einige der „kriminellen Ostarbeiter-Bande“ zugerechnete Personen in die Untersuchung mit einbezogen.

58 Als „Gewährsleute“ oder „G-Personen“ wurden Konfidenten bezeichnet, die – anders als V-Leute – der Gestapo nicht regelmäßig, sondern nur fallweise Informationen lieferten und dementsprechend auch nur gelegentlich finanzielle Zuwendungen erhielten.

59 Möglicherweise ein Deckname oder erfunden, da ein Funktionär dieses Namens sonst in den Quellen nirgends erwähnt wird.

60 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 29, 7.–9. 12. 1943.

Die in den Gestapo-Tagesberichten enthaltenen Informationen über den Widerstand von „Ostarbeitern“ suggerieren öfters den Eindruck einer gewissen „Bewegungsfreiheit“, etwa im Kontext der Beobachtung, Fahndung und Verhaftungsmodalitäten: Nur wenige wurden an ihrer Arbeitsstelle oder Wohnadresse festgenommen. Dies steht in scheinbarem Widerspruch zu der im Eingangskapitel skizzierten rigorosen Einschränkung der Kommunikationsmöglichkeiten außerhalb der Unterkünfte. Es ist jedoch davon auszugehen, dass ein erheblicher Teil der hier untersuchten „Ostarbeiter“-Gruppe vor der Verhaftung nicht nur „illegal“ agierte, sondern bereits geflüchtet und untergetaucht war, was in etlichen Fällen auch belegbar ist und den Stellenwert einer Unterstützung durch Angehörige der „Anti-Hitler-Bewegung Österreichs“ demonstriert. Eine nicht unerhebliche Anzahl von „Ostarbeitern“ im Untergrund bzw. flüchtigen Offizieren der Roten Armee war mit Schusswaffen ausgerüstet und machte bei der Verhaftung bzw. versuchten Festnahme davon teilweise auch Gebrauch, wie aus einer Reihe von Gestapo-Berichten hervorgeht.⁶¹

Die Herkunft der Waffen gereichte den kontrollbesessenen deutschen „Herrenmenschen“ gelegentlich zu einer veritablen Blamage: Der 20-jährige Nikolaj Kriwonjuk hatte Wehrmattsangehörigen mehrere Pistolen gestohlen.⁶² „Ostarbeiter“ nahmen im Straßenbahngedränge wiederholt anderen Fahrgästen, nämlich Angehörigen der Schutzpolizei, die Dienstpistolen ab, und Saweli Horobez, ein ehemaliger Oberleutnant der Roten Armee, schlug bei einer solchen Gelegenheit einen Schupobeamten, der ihn anzuhalten versuchte, nieder und flüchtete.⁶³ Für besondere Aufregung im NS-Repressionsapparat dürfte eine weitere, allerdings erfolglos gebliebene Aktion gesorgt haben. Iwan Ciupak, der auf seinem Arbeitsplatz und in mehreren Wiener Betrieben eine rege organisatorische Tätigkeit entfaltete, versuchte gar, einen in der Kraftfahrtechnischen Lehranstalt der Waffen-SS (Wien XII., SS-Kaserne Schönbrunn) beschäftigten „Hilfswilligen“ (Hiwi) der Waffen-SS, den 23-jährigen Iwan Misolak, zum Diebstahl von Gewehren, Handfeuerwaffen, Munition und Handgranaten zu veranlassen.⁶⁴ Lebensgefährliche, todesmutige Aktionen dieser Art waren nicht Bestandteil eines nachträglich gestrickten und ideologisch überfrachteten „Heldenmythos“ – alle zuvor erwähnten Angaben entstammen,

61 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 6, 21.–24. 1. 1944; Nr. 8, 28.–31. 1. 1944; Nr. 10, 4.–7. 2. 1944; Nr. 11, 8.–10. 2. 1944; Nr. 30, 21.–28. 4. 1944.

62 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 10, 4.–7. 2. 1944.

63 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 9, 1.–3. 2. 1944.

64 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 21, 9.–12. 11. 1943.

jeweils wenige Tage nach den Ereignissen, den laufenden Gestapo-Berichten, einer in diesem Kontext sicher zuverlässigen und „unverdächtigen“ Quelle.

Ein besonders dramatisches Beispiel für eine bewaffnete Auseinandersetzung schilderte Jakob Halir (Hudomalj-Gruppe) in einem wenige Monate nach der Befreiung verfassten Bericht:

„Am 27. September 1943 lernten meine Frau und meine Tochter den sowjetrussischen Fliegeroffizier Mischa Bogdanow aus Leningrad, Deleshnaja ulica [...], mit illegalem Namen genannt ‚Peter‘, bei der Genossin Schwella, kennen. Genossin Schwella trat an uns heran, ob wir nicht den Russen ins Quartier nehmen möchten. Meine Frau kam nach Hause und gab mir das Ansuchen der Genossin Schwella bekannt, das ich sofort bejahte. Bis zur Verhaftung der Familie Schwella und [des] Genossen Rothfus, welche nach 7 Wochen erfolgte, war Peter 5 Wochen bei mir. [...] Nach der Verhaftung der Genossen übernahm ich Peter ganz in unsere Obhut – gemeinsam mit Genossin Zamis [...] –, welche 13 Monate lang dauerte. Während dieser Zeit verschaffte ihm meine Tochter Leopoldine eine Pistole und auch Quartiere. Nachdem die anderen Genossen Peter nicht so mit Lebensmitteln versorgen konnten, gab ich ihm, wenn er von uns weg ging, Lebensmittelpakete mit [...]. Durch die großen Bombardements, die zu dieser Zeit eingesetzt haben, wurde die Genossin Zamis am 10. September 1944 schwer bombengeschädigt. Peter, der zu dieser Zeit in der Wohnung der Genossin Zamis anwesend war, wurde dadurch sehr unruhig und wollte, um keine Genossen zu gefährden, durchaus über die Grenze.“⁶⁵

Jakob Halir setzte sich daraufhin mit einem Arbeitskollegen namens Bynjac ins Einvernehmen und lotste am 18. 10. 1944 seinen Schützling sowie zwei weitere Offiziere der Roten Armee und zwei russische Frauen an bzw. über die ungarische Grenze. Dabei kam es zu einem Feuergefecht, bei dem ein russischer Offizier und eine der Frauen getötet wurden. Auch ein Grenzposten kam bei dem Schusswechsel ums Leben, ein weiterer erlitt schwere Verletzungen.⁶⁶

Für eine relativ gut funktionierende Infrastruktur spricht auch der Umstand, dass eine gewisse Anzahl von flüchtigen und später festgenommenen „Ostar-

65 DÖW 5.934, Bericht Jakob Halir an August Kamhuber, 20. 9. 1945.

66 Ebenda.

beitern“ gefälschte Personalpapiere besaßen, z. B. Alexander Swirtschenko, Wassilij Losenko, Wassilij Grigorjew, Anatolj Studenikow, Leonid Leschinko, Alexej Agurisow und andere.⁶⁷

Manche „Ostarbeiter“-Lager boten wohl nicht jene hermetischen Abschirmungsmöglichkeiten der Insassen von der Außenwelt, die den Initiatoren und besonders dem Reichsführer SS vorgeschwebt hatten. Eine partielle „Durchlässigkeit“⁶⁸ erleichterte – in Verbindung mit einer organisierten Unterstützung von außen – beherzten und kampfbereiten „Ostarbeitern“ die Organisation von Fluchten. Paradoxe Weise stoßen wir jedoch vereinzelt auch auf Fälle, bei denen die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen wurde, d. h., einige flüchtige russische Widerstandskämpfer suchten vorübergehend in einem „Ostarbeiterlager“ Zuflucht, etwa Iwan Kriwonjuk (geb. 1923), der laut Gestapobericht im Lager der Firma Jurany & Wolfrum „illegal wohnte“ und Waffen eingeschmuggelt hatte.⁶⁹ In diesem Zusammenhang sei auch auf einen Anschlag hingewiesen, den Georgij Chodinez (geb. 1923) und Petro Korschak (geb. 1924) auf Ernst Stelzig (Leiter des Lagers in Wien X., Laaerstraße 61) und den dort beschäftigten Hilfspolizisten Gaidano Florentino verübten, auch wenn die Gestapo-Version über das Motiv mit einem Fragezeichen versehen werden darf:

„Am 26. 1. 1944 hat Chodinez auf der Flucht aus dem Lager X. auf den ihn verfolgenden Hilfspolizisten Florentino einen gezielten Schuß in der Absicht abgegeben, den Verfolger zu töten. Der Schuß ging fehl. Am 1. 2. 1944 haben Chodinez und Korschak vereinbarungsgemäß von der entlang dem Lager führenden Laaerstraße aus je einen Schuß auf den Lagerführer und den Hilfspolizisten abgegeben [...]. Auch hier handelte es sich um Fehlschüsse. Die Täter hatten die Tötungsabsicht gefaßt, da ihnen der illegale Aufenthalt im Lager X. durch die Aufmerksamkeit des Lagerführers und des Florentino unmöglich gemacht worden war.“⁷⁰

67 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 8, 28.–31. 1. 1944; Nr. 9, 1.–3. 2. 1944; Nr. 10, 4.–7. 2. 1944.

68 Abgesehen von den völlig anders gearteten politischen und herrschaftstechnischen Rahmenbedingungen kann man im Hinblick auf den Faktor „Durchlässigkeit“ die „Ostarbeiter“-Lager vielleicht am ehesten mit den französischen Internierungslagern in der Periode 1939–1941 oder den Lagern der „Trudarmisten“ (d. h. den Angehörigen der so genannten „Arbeitsarmee“) in der UdSSR nach 1942 vergleichen.

69 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 10, 4.–7. 2. 1944.

70 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 11, 8.–10. 2. 1944.

Aus den Lagern entkommene „Ostarbeiter“ ohne organisierte Zufluchtsmöglichkeiten in illegale Quartiere zogen sich zumeist an den Stadtrand oder in die Umgebung Wiens zurück, auch wenn ihre trostlose Situation sich durch den Verfolgungsdruck und die winterlichen Temperaturen noch verschärfte. Maria Maljawina (geb. 1923) und Fedor Tschabelko (ehedem bei der Firma Jurany & Wolfrum beschäftigt) hatten ihren Arbeitsplätzen bereits im Oktober 1943 den Rücken gekehrt und lebten die letzten vier Wochen vor ihrer Festnahme (18. 2. 1944) in einem selbst gebauten Erdbunker bei Stammersdorf, von wo aus sie gemeinsam mit mehreren anderen Schicksalsgenossen ausgedehnte Streifzüge unternahmen, um Lebensmittel zu „organisieren“.⁷¹ Unabhängig davon spürte die Gestapo am selben Tag zwei Angehörige der „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ (Anatolij Dorochow, Petro Kuschnirenko) auf, die sich gerade damit befassen, im Anninger Forst (zwischen Mödling und Baden) ein Waffenlager auszubauen.⁷²

Aus den Dokumenten über die militanten „Ostarbeiter“-Aktionen und deren Repression durch die Gestapo geht auch der große Stellenwert hervor, den „vertrauliche Mitteilungen“, d. h. der Einsatz von Konfidenten (V-Leuten) bei der Ausforschung und Verhaftung einzelner Aktivisten oder der Zerschlagung ganzer Gruppen hatten. Dieser Aspekt wird hier jedoch nicht näher ausgeführt, da zu der Thematik eine eigene Untersuchung geplant ist.

Anfang März 1944 waren die Untersuchungen zum Komplex „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ im Wesentlichen abgeschlossen, und die Wiener Gestapo resümierte:

„Es wurden sämtliche Funktionäre einschließlich des Zentralkomitees [...] und sämtliche bisher bekannt gewordene Mitglieder, insgesamt 58 Personen (53 Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen und 5 sonstige ausländische Arbeitskräfte) festgenommen. Die Organisation war bestrebt, die in Wien und Niederdonau beschäftigten Ostarbeiter in einer Gruppe zusammenzufassen, sie für den Einsatz durch Mittel der Sabotage und des Terrors auszubilden, mit entwendeten Waffen auszurüsten und ihren waffenmässigen Einsatz gegen die deutschen Ordnungskräfte und die Zivilbevölkerung zur Erzielung eines Aufstandes zu organisieren. Es wurde der Zweck verfolgt, die Bemühungen der Roten Armee zur Vernichtung der Widerstandskraft des deutschen Volkes nach Kräften

71 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 14, 18.–21. 2. 1944; Nr. 16, 25.–29. 2. 1944.

72 DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 14, 18.–21. 2. 1944.

zu unterstützen und auf diese Weise die Weltrevolution vorzubereiten.“⁷³

Nach dem Abschluss der quälenden Verhöre wurden die allermeisten Angehörigen der „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ ins KZ Mauthausen überstellt und hier im August 1944 ermordet, einige auch in der Tötungsanstalt Hartheim.

Die Verbindung zur BSW (Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen) und ADV (Antinazistische Deutsche Volksfront, München)

Nach der Vernichtung der 6. Armee im Kessel von Stalingrad begann der bis dahin eher sporadische und unkoordinierte Widerstand sowjetischer Kriegsgefangener und „Ostarbeiter“ eine fest umrissene organisatorische Gestalt anzunehmen. Keimzellen dieser organisierten Widerstandstätigkeit entwickelten sich vornehmlich im Stammlager (Stalag) VII A in Moosburg sowie dem nahe gelegenen Lager in der Schwanseestraße (München-Giesing), das vor allem von sowjetischen Offizieren belegt und einem ausgedehnten Industriekomplex angegliedert war, in dem Zehntausende ausländischer Arbeiter beschäftigt waren.

In diesem Lager konstituierte sich in den ersten Märztagen 1943 ein Initiativkomitee, aus dem wenig später ein Vereinigter Rat (auch unter der Bezeichnung „Provisorischer Rat“) hervorging, mit Vertretern aus sowjetischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Komitees, deren Dachorganisation sich als „Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen“ (in der russischen Abkürzung: BSW) bezeichnete.⁷⁴ In einem der ersten Aufrufe hieß es:

„Genossen! Brüder und Schwestern, Kriegsgefangene! Es naht der Tag der Befreiung von der faschistischen Sklaverei. Der blutrünstige Hitler hat die Hoffnungslosigkeit seiner Lage erkannt und unternimmt alle Anstrengungen, um sein Ende hinauszuzögern. Die Faschisten versu-

⁷³ DÖW, Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 20, 10.–13. 3. 1944.

⁷⁴ Vgl. dazu ausführlich J. A. Brodski, Die Lebenden kämpfen. Die illegale Organisation Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW), Berlin (DDR) 1968, S.83 ff.

chen, durch eine grausame Ausbeutung der Kriegsgefangenen der Front in größerem Umfange Waffen und Ausrüstungen zu liefern [...]. Denkt daran, daß jedes produzierte Einzelteil zusätzliche Opfer an Vätern, Müttern und Kindern bedeutet. Fügt dem Feind mehr Schaden zu! Jede zerbrochene Werkbank, jedes unbrauchbare Einzelteil bedeutet einen Schlag gegen den Feind, bedeutet die Untergrabung seiner wirtschaftlichen und militärischen Macht.“⁷⁵

In den programmatischen Dokumenten der BSW nahmen vor allem die Sabotage in der deutschen Rüstung und Wirtschaft, die Zersetzung der faschistischen Wehrkraft und die Kooperation mit „Ostarbeitern“ sowie mit deutschen NS-Gegnern einen besonderen Stellenwert ein. Aber auch dem Kampf gegen russische Kollaborateure, die sich für die Wlassow-Armee rekrutieren ließen, schenkte man große Beachtung.⁷⁶ Zum Organisationskern der BSW zählten u. a. der Major Michail Kondenko sowie Josef Feldmann, der bis 1941 in Dnje-propetrowsk bei der sowjetischen Geheimpolizei NKWD tätig gewesen war. Er hatte sich mit dem Auftrag, Widerstandszellen unter sowjetischen Kriegsgefangenen zu organisieren, unter dem Decknamen Georg Fesenko als „Fremdarbeiter“ nach Deutschland anwerben lassen und fungierte im Lager Schwannseestraße (seit 1987: Herbert-Quandt-Straße) als Dolmetscher. Gemeinsam mit dem Fliegermajor Karl Osolin⁷⁷ übernahm er die Leitung der Organisation.⁷⁸ Innerhalb weniger Monate gelang es dem sowjetischen Komitee des BSW, mittels geflüchteter russischer Kriegsgefangener⁷⁹ Kontakte zu einer Reihe von

75 Brodski, Die Lebenden kämpfen, S. 84.

76 In einer zehn Punkte umfassenden programmatischen Erklärung der BSW, die in einer teils etwas ungelungenen Übersetzung durch NS-Stellen vorliegt, rangiert der Kampf gegen Kollaborateure aus den eigenen Reihen und deren Bestrafung an zweiter Stelle. Unter Punkt III wurde festgehalten: „Es muß erreicht werden, daß kein Gefangener in die freiwilligen Abteilungen der Polen, Franzosen, Esten, Ukrainer und Kosaken eintritt, ebenso in die russische Befreiungsarmee (ROA), welche vom Verräter Wlassow organisiert wird.“ BAB, RD 19/3, Programm der vereinigten Organisation der „Brüderlichen Mitarbeiterschaft aller Kriegsgefangenen“ Polens, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Englands, der USA und der Sowjet-Union (= Anlage 2 zum RdErl. des ChdSPudSD vom 22. 2. 1944 – IV d 5 d Nr. 120/43 g neu).

77 Zu Osolins Biografie siehe die ausführliche Darstellung bei Brodski, Die Lebenden kämpfen, S. 22–32.

78 Jürgen Zarusky, Die „Russen“ im KZ Dachau. Bürger der Sowjetunion als Opfer des NS-Regimes, in: Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, 23. Jg., H. 23 (November 2007), S. 135.

79 Das sechsmal wöchentlich erscheinende „Deutsche Kriminalpolizeiblatt. Herausgegeben vom Reichskriminalpolizeiamt in Berlin“, von dem der Jahrgang 1943 (BAB, RD 19/24) nä-

anderen Kriegsgefangenenlagern in ganz Süddeutschland aufzubauen, aber auch zu Betrieben und Zivilarbeiterlagern. Im Mai/Juni 1943 entstanden in mindestens 20 „Ostarbeiterlagern“ Münchens und seiner näheren Umgebung Gruppen und Zellen der BSW.⁸⁰

Einer dieser Aktivisten, Wassili Koslow (geb. 1924), war in der Münchener Fettfabrik Saumweber beschäftigt und lernte hier die Buchhalterin Emma Hutzelmann (geb. 1900) kennen, deren Anklageschrift (1944) zu entnehmen ist, sie habe seit 1941 etwa 2.000 kg Speisefett veruntreut, „die sie teilweise für sich und ihre Angehörigen verwandte, teilweise aber auch gegen andere der Bewirtschaftung unterliegende Gebrauchsgüter umtauschte und an die Mitangeschuldigten sowie mit ihr politisch zusammenarbeitende Ostarbeiter abgab“.⁸¹ Gemeinsam mit ihrem Mann, dem Maschinenbauer Hans Hutzelmann (geb. 1906),⁸² dem Schlosser Karl Zimmet (geb. 1895), dem Buchdrucker Rupert Huber (geb. 1896)⁸³ und einigen anderen gründete sie 1943 in München eine Widerstandsgruppe, die sich „Antinazistische Deutsche Volksfront“ (ADV) nannte, in der Folge eine größere Anzahl von Mitgliedern warb und illegale Flugschriften („Der Wecker“) produzierte. Ende Juni 1943 vermittelte Koslow einen Kontakt zwischen dem Ehepaar Hutzelmann und Iwan Korbukow,⁸⁴ einem ehemaligen Oberleutnant und leitenden BSW-Funktionär. Aus diesen Begegnungen, zu denen sich Anfang Juli auch Karl Zimmet und Georg Jahres hinzugesellten, entwickelte sich binnen kurzer Zeit eine enge politische Kooperation zwischen der ADV und dem Münchener Zweig der BSW. Unabhängig von diesen bereits existierenden Verbindungen lernte Korbukow im August 1943 den „Protektoratsangehörigen“ Karel Mervart (geb. 1918 in Petrograd) kennen, einen bis dahin eher „unpolitischen“ Chemiker, der neben seiner tschechischen Muttersprache auch über ausgezeichnete Deutsch- und Russischkenntnisse verfügte und bei den wöchentlich stattfindenden-

her durchgesehen wurde, enthält in schätzungsweise 70 bis 80 Prozent aller Ausgaben kurze Angaben über jeweils mehrere geflüchtete sowjetische Offiziere, sodass davon auszugehen ist, dass – allen Sicherheitsvorkehrungen zum Trotz – im Jahr 1943 etwa 1.000 gefangenen Offizieren der Roten Armee die Flucht glückte, auch wenn viele von ihnen früher oder später wieder gefasst wurden.

80 Brodski, Die Lebenden kämpfen, S. 124; Süddeutsche Zeitung, 14. 1. 1947.

81 BAB, VGH, 2.435, Anklageschrift gegen Karl Zimmet, Hans Hutzelmann, Emma Hutzelmann, Rupert Huber, Hugo Heigenmooser, Ferdinand Bader, Jakob Rudolph, Karl Svatopluk Mervart, 7. 9. 1944.

82 Zur Biografie Hans Hutzelmans vgl. BAB, DY 55/V 278/6/775.

83 Zur Biografie Rupert Hubers vgl. BAB, DY 55/V 278/6/759.

84 Zu Iwan Korbukows Biografie und seiner Tätigkeit in der BSW vgl. Brodski, Die Lebenden kämpfen, S. 119 ff.

den Sitzungen, die zumeist in der Wohnung Zimmets oder Hutzelmanns stattfanden, regelmäßig als Dolmetscher fungierte.

Über welche Informationskanäle die Leitung der BSW bzw. ADV von der Existenz der österreichischen „Anti-Hitler-Bewegung“ und deren russischer Parallelorganisation Kenntnis erhielten, ist aus den vorliegenden Quellen nicht zu eruieren. Jedenfalls wurde Karel Mervart von Iwan Korbukow beauftragt, nach Wien zu fahren, um mit der dortigen Organisation Kontakt aufzunehmen. Zu diesem Zweck und auch für andere Reisen (Prag, Innsbruck) bediente er sich gefälschter Urlaubsscheine, die ihm Emma Hutzelmann verschafft hatte. Diese Fahrten finanzierten die ADV und die BSW gemeinsam. Ferner erhielt Mervart von Hans Hutzelmann im Auftrag Korbukows 300 RM, um dafür im Protektorat Böhmen und Mähren eine Schreibmaschine mit russischen Schriftzeichen zu besorgen. Infolge seiner guten Sprachkenntnisse war Mervart für derlei Missionen, d. h. als Kurier und Dolmetscher, hervorragend geeignet. Am 7. 9. 1943 traf der Münchener Emissär mit seinem Freund Kindl in Wien ein, wo er zunächst den Protektoratsangehörigen Hora aufsuchte, einen alten Gesinnungsgenossen, mit dem er zusammen kurze Zeit im Bregenzer Gefängnis gesessen hatte. Hora arbeitete in den „Ostmarkwerken“, lebte in dem Arbeitslager dieses Betriebes und machte Mervart mit Anatoli Smirnow bekannt, einen Angehörigen der russischen „Anti-Hitler-Bewegung“, der sich anfänglich gegenüber dem Münchner Kurier äußerst misstrauisch und reserviert verhielt, schließlich aber die Überzeugung gewann, dass er nicht einen Gestapo-Spitzel vor sich hatte. In der Folge arrangierte er ein Treffen im Wiener Prater zwischen Mervart und Dmitri Saizew. Mervart berichtete Saizew und Smirnow von den Aktivitäten der BSW und teilte ihnen mit, dass in nächster Zeit ein Sonderbevollmächtigter der Organisation nach Wien kommen werde, um einen engeren Kontakt zur Wiener Untergrundbewegung herzustellen. Nachdem der Ort und Zeitpunkt eines neuen Treffens vereinbart worden war, kehrte Mervart nach München zurück. Am 8. 10. 1943 kam er zum zweiten Mal nach Wien, wo ihn Dmitri Saizew bereits erwartete, am Haupteingang der Oper. Auf einer illegalen Versammlung, an der Mervart, Saizew, Smirnow und andere Funktionäre der „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ teilnahmen, berichtete Mervart ausführlich von der Tätigkeit der BSW und empfahl, bei der Organisierung der illegalen Zellen die Erfahrungen des Provisorischen Rats zu nutzen. Beispielsweise sollten aus den Reihen der Illegalen besondere Bevollmächtigte für die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den einzelnen Lagerzellen ausgewählt werden. Saizew, Smirnow und andere Mitglieder der „Anti-Hitler-Bewegung der Ostarbeiter“ berichteten ihrerseits von den Kontakten zu österreichischen Widerstandskämpfern und machten den Vertreter der BSW mit Ille-

galen bekannt, die mit einer Partisanenabteilung Jugoslawiens in Verbindung standen. Anfang November 1943 hielt sich Mervart zum dritten Mal in Wien auf und traf sich in einer „konspirativen“ Wohnung mit Saizew, Smirnow und einem gewissen „Alexander“, hinter dem sich wahrscheinlich Karl Hudomalj verbarg. Der Emissär aus München erklärte zum wiederholten Mal, dass der Provisorische Rat es als besonders wichtig erachte, eine beständige und zuverlässige Verbindung zu den jugoslawischen Partisanen herzustellen, und bat die Wiener Genossen in dieser Hinsicht um ihre Unterstützung. Ferner lud er im Auftrag Korbukows Saizew zu einem Aufenthalt in München ein, um sich an Ort und Stelle mit der Arbeit der BSW vertraut zu machen.⁸⁵

Sofern jene Verbindung nach Jugoslawien (auch) von sowjetischen Offizieren aus München genutzt wurde, kann es sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nur um die von Wilma Trawnitschek aufgebaute und früher bereits erwähnte Kurierlinie nach Slowenien gehandelt haben.

Mervart unterrichtete nach seiner Rückkehr in München jeweils Korbukow und vier ADV-Angehörige (Karl Zimmel, Hans Hutzelmann, Emma Hutzelmann, Georg Jahres) über seine Besprechungen in Wien.⁸⁶ Einiges spricht dafür, dass zumindest die letzte Reise Mervarts bereits von der Gestapo überwacht und in der Folge ein reger Informationsaustausch zwischen den Polizeiapparaten in Wien und München praktiziert wurde. Nur einen Tag nach Hudomaljs Festnahme gingen Karl Zimmel sowie Hans und Emma Hutzelmann der Gestapo ins Netz, tags darauf folgte Rupert Huber. Von Karl Mervart konnten jedenfalls keine Geständnisse erprügelt worden sein, die zum Zerreißen des Münchener Widerstandsnetzes geführt hätten, da er erst neun Tage später, am 15. 1. 1944, festgenommen wurde. Die primäre, für den Untergang der Organisation wesentlich verantwortliche Informationsquelle musste demnach von außen gekommen sein, wahrscheinlich durch den Einsatz von V-Leuten der Gestapo.

Parallel zur Liquidierung der ADV ging die Gestapo München daran, das weitaus größere Widerstandsnetzwerk der BSW zu zerschlagen. Bis zum Frühjahr 1944 wurden 383 Personen festgenommen, die Verhöre im KZ Dachau und im Wittelsbacher Palais (Zentrale der Gestapo) wurden mit äußerster Brutalität durchgeführt. Eine besonders berührende Darstellung über das Ende eines BSW-Aktivisten sei hier in vollem Umfang wiedergegeben:

85 BAB, VGH, 2.435, Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Anklageschrift gegen Karl Zimmel, Hans Hutzelmann, Emma Hutzelmann, Rupert Huber, Hugo Heigenmooser, Ferdinand Bader, Jakob Rudolph, Karl Svatopluk Mervart, 7. 9. 1944; Brodski, Die Lebenden kämpfen, S. 181 ff.

86 BAB, VGH, 2.435, Anklageschrift gegen Karl Zimmel u. a., 7. 9. 1944.

„Ende August 1944 waren die Untersuchungen der Gestapo im ‚Fall BSW‘ beendet. 90 Offiziere wurden von den übrigen Häftlingen in der Isolierbaracke abgetrennt, und allen war klar, was das bedeutete. Einer von ihnen war Aleksej Kirilenko, im Zivilberuf Trompeter. Als am Sonntag, dem 3. September 1944 das Lagerorchester zwei Konzerte geben sollte, eines für die SS und eines für die Gefangenen, erklärte der italienische Dirigent, dafür brauche man den Trompetensolisten. Kirilenko durfte noch einmal spielen und rührte damit, wie aus einer Reihe von Berichten Überlebender hervorgeht, das Herz seiner Mitgefangenen. Vasilij Sachov, ebenfalls BSW-Mitglied, berichtet, nachdem die SS signalisiert hatte, das Konzert zu beenden, habe Kirilenko noch ganz allein mit seiner Trompete die Melodie des Liedes ‚Heiliger Krieg‘ gespielt, sei dann aber von einem SS-Mann unterbrochen worden. Es ist nicht anzunehmen, dass die SS wusste, welche Melodie da gespielt wurde und was sie für die sowjetischen Häftlinge bedeutete. Das Lied [...] entstand unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion und war eines der populärsten und wirkungsvollsten sowjetischen Kriegslieder. Die erste Strophe und der Refrain lauten in einer, leider nicht ganz gelungenen, anonymen deutschen Nachdichtung:

Steh auf, steh auf du Riesenland!
Heraus zur großen Schlacht!
Den Nazihorden Widerstand!
Tod der Faschistenmacht!
Es breche über sie der Zorn
wie finstre Flut herein.
Das soll der Krieg des Volkes,
der Krieg der Menschheit sein.

Die letzte Melodie, die der Trompeter Kirilenko spielte, war also ein Aufruf zum Widerstand. Am folgenden Tag, dem 4. September 1944 vormittags, wurden unter Leitung des Schutzhaftlagerführers Ruppert, die 90 russischen Offiziere im Krematorium durch Kopfschüsse ermordet, wobei nach Aussagen eines deutschen Häftlings über 30 Männer teilweise noch stundenlang mit dem Tod rangen.⁸⁷

87 Zarusky, Die „Russen“ im KZ Dachau, S. 136 f.